

Rainer Rilling  
**Wunderkammer**

UNTERTITEL

In Wahlzeiten kehrt die Politik zurück, mit Straßengesängen, Clicks, Spots und einer Menge Anlagekapital. Alle Akteure geben vor, endlich allein und also sie selbst sein zu können, frei von den Fesseln der Allianzen, Koalitionen, Taktiken und Optionen. Wunderbare Freundschaften sind vergessen, alle sind umringt von Gegnern, wenn nicht Feinden. Politik wird so ehrlich. Die Wähler der Parteien sollen wissen, mit wem sie es wirklich zu tun haben und welche Zukunft ihnen blüht. Im Kampf gegen alle sind sich nun alle gleich – und schon ist es wieder vorbei. Die Stimmen sind gezählt. Die Politik zieht sich wieder zurück, beste Freunde treffen sich und die Unterschiede fallen so ziemlich in sich zusammen. Anschlussverwendungen und Rückrufaktionen wechseln sich ab, die Kompromisskünste der Selbstfesselung und -verbiegung kommen nun wieder zu ihrem Recht. Mal mehr, wenn es zu Machterhalt oder -gewinn gereicht hat, mal weniger, wenn am Ende des ganzen Unternehmens nur die Opposition steht ohne Zuwachs an Regierungskraft.

*Zauber*

Zuweilen jedoch gibt es Merkwürdigkeiten. Oskar Lafontaine versuchte im März 2013 den Wahlkampf von seiner Partei vorzugeben und sprach von einem »Einparteiensystem mit vier Flügeln« oder einer »bundesdeutschen Einheitspartei«, von der DIE LINKE ausgeschlossen bleibe. »Wir ziehen daraus die Konsequenz«, sekundierte der Bundesvorsitzende Bernd Riexinger tags darauf, »dass ein Lagerwahlkampf

ausfällt und wir nur auf uns schauen.« In dieser Figur steht DIE LINKE allein gegen alle *als je Einzelne, die sich gleichen* – ein »Alleinstellungsmerkmal« der besonderen Art. Ob die »vier Flügel« sich als Verfechter des Kapitalismus oder seiner gegenwärtigen neoliberalen Variante gleichen, ist in der LINKEN zwar umstritten. Einigkeit besteht aber darin, dass der Unterschied zwischen ihr und diesen durchaus grundlegend ist. Wer so gründlich alleine steht, vermag mit Grund all jene für sich zu gewinnen, die nicht zum ganzen Einheitsrest gehören wollen und sich gegen alle und alles wenden. Die Absage an die Konstellation des *Lagerwahlkampfes*, bei der die zwei zentral konkurrierenden Akteure CDU und SPD nachgeordnete Mitspieler an sich binden, hat jedoch ihre Nachteile. Weit und breit keine Bande, über die man spielen könnte. Die kleine Partei DIE LINKE kann sich dann nicht mehr als treibendes Moment einer großen, über sie hinausreichenden Linken positionieren und die unentbehrliche Rolle als Stachel gegen die Rechte und als radikales, unermüdliches Schiebewerk der großen Linken übernehmen. Genau diese Rolle soll ihr vorenthalten werden von denen, die eine große Koalition anstreben. Beide Konstellationen (»Rechts-Links-Lager« versus »Eine-gegen-alle«) haben übrigens ihre Verfechter in der LINKEN selbst, seitdem es diese Partei gibt. Die einen präferieren das »breite linke Bündnis«, die anderen die deutliche Frontstellung etwa für grundlegende Krisenlösungen. So kann dieser Widerspruch auch von außen ständig angehebelt werden, um die Partei als zerrissen und unzuverlässig darzustellen – eine Traumkonstellation für politische Kontrahenten und Konkurrenten gleichermaßen.

Betrachtet man den numerisch mittlerweile zu einer rund 55-prozentigen Mehrheit angewachsenen Parteienmix des »linken Lagers«, dann zeigen sich sofort Probleme ohne Ende. Die SPD-Spitze hat seit Schröders Zeit ihre klassische Parteilinke stillgestellt und betreibt ungewöhnlich rabiat die Komplettbeseitigung der Linkspartei. Die Piraten wildern noch erfolgreich im männlichen Protestmilieu, das die Linke kurzzeitig besetzte, und die Grünen schließlich haben tatsächlich nichts Wichtigeres zu tun, als die Hegemonialkraft und politische

Stimme der deutschen Mittelklasse und ihrer inneren Widersprüche zu werden. Kein »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« sondern »a coming middle-class century« (Göran Therborn) des »Grünen«-Kapitalismus steht auf ihrer Agenda. Versteht sich, dass die Vaporisierung der geschrumpften Sozialdemokratie hier eine gewollte, nie ausgesprochene Nebenwirkung ist. Wie also soll daraus ein lose verkoppeltes linkes »Lager« oder »Mosaik« entstehen? Die leichten Schwebezustände zwischen den politischen Parteistiftungen tragen noch nicht für handfeste Horizonte, und die spürbare Arbeit an der Restitution eines strategischen Zentrums in der linken Partei mit der Wahl einer konsensfähigen Parteiführung und Wahlcrew wie dem Aufgreifen völlig neuer Themen und Stichworte reicht nicht. Da ist wohl politische Zauberkunst gefragt: der Zauber einer »antagonistischen Kooperation« (Wilfried von Bredow), also der gemeinsamen agonistischen Bearbeitung polarer Unterschiede und Entgegensetzungen. Sie entsteht nicht durch die wahlkampfbüchlichen Operationen der Illusion und des Scheins, der Verblendung oder Verzauberung. Sie vollführt, was schwierig oder ganz und gar unmöglich scheint.

### *Verwandlung*

Charles Foster Kane antwortet in Orson Welles' *Citizen Kane* (1941) auf den Vorwurf, er wende sich gegen die eigene Klasse, indem er über seine Zeitung *Inquirer* für die Unterprivilegierten spreche: »Natürlich, ich habe Geld und Eigentum. Wenn ich nicht die Interessen der Unterprivilegierten verteidige, wird es jemand anderes tun – vielleicht jemand, der überhaupt kein Geld und keinerlei Eigentum besitzt – und das wäre sehr schlecht.« Nun ist das Eigentum der Linkspartei, die hier als Kanes zeitgemäßer Gefahrenfall des »jemand anderes« gelten kann, tatsächlich eher schütter: gerade mal zwei Medienunternehmen, zwei Immobilien und zwei Unternehmensbeteiligungen. Ihr wirkliches Risikokapital aber ist ein *soziales asset*: die Fähigkeit zu pflegen,

in den »Zeiten der Schwäche«, von denen Brecht zur selben Zeit wie der Bürger Kane sprach, die *Schwäche der Schwachen in Stärke zu verwandeln*. Das ist ihre Kernkompetenz, ein Anspruch und ein zentrales Politikum der sozialen Linken: an die Stelle der neoliberalen »Hilfe zur Selbsthilfe« das *empowerment*, die Selbstermächtigung der Schwachen und Unterprivilegierten zu setzen. Etwas, das diesen selbst und vielen anderen als schwierig oder ganz und gar unmöglich erscheint – sieht man von denen ab, die neuerdings zwar im Spiel der Attraktionen gar vom »Kommunismus« (FAZ) einer *sharing economy* sprechen und damit eine der kommenden Zeiten und Modi kapitalistischer Selbststärkung meinen, aber die Anrufung der Verlockung einer Teilung ihrer politischen Macht bei aller Vorsicht dann doch nicht für nützlich halten. Der politische Tenor ist dort eher lakonisch-trocken: »Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen« (Warren Buffett in der *New York Times* vom 26. November 2006).

Die Blickrichtungen der CDU und der SPD sind deckungsgleich. Angela Merkel formulierte Ende August 2005 auf dem 19. CDU-Bundesparteitag: »Die Stärkeren können mehr tragen als die Schwächeren. Deshalb müssen wir die Starken in ihren Möglichkeiten stärken.« Peer Steinbrück formulierte Anfang Dezember 2011 auf dem SPD-Bundesparteitag: »Die SPD ist die Partei, die das Bündnis zwischen den Starken und den Schwachen organisieren muss. Aber dann darf man die Starken auch nicht verprellen, weil dann dieses Bündnis nicht zustande kommt.« Die SPD-Führung hat die »Schwächsten der Schwachen« längst abgeschrieben und sich dem arbeitsteiligen Kalkül verschrieben: Arbeitslose, Subproletariat und Unterklassen, Leiharbeiter, Praktikanten, Prekäre und Werkverträger, die Politikfernen, Abgehängten und Ausgeschalteten, kurz: die Bewohner der Endmoränen des Industriezeitalters seien großzügig der LINKEN überlassen. Die »Nichtwählerstudie« (2013) von Forsa im Auftrag von Pro7 zeigt, wie krass die Abwanderung der Schwächsten der Schwachen in einen Nichtwählersektor ist, der keine Anreize für eine Rückkehr in die

*normalisierte* Politik bietet. Die SPD hätte deshalb dafür gerne die Normalausgebeuteten und die tüchtige Erwerbsbevölkerung (Facharbeiter, Mittelklasse, erfolgreiche Reiche) für sich. Die merkelgeschützte Akkumulation des Kapitals soll das Wachstum dieser Klientel eines Mitte-Oben-Lagers sichern und zugleich möglichst die unproduktiven Unterklassen mit seinen Sozialresten und damit auch das LINKE-Wählerpotenzial austrocknen: *trickle-down trifft DIE LINKE*. Der Streit der SPD mit den Grünen über die Hegemonie in der Mittelklasse bleibt dabei in der Familie. Allen Beteiligten gemeinsam sind Krokodilstränen über Nichtwählerei, Teilhabeausschluss und die ausfallende Mehrwertproduktion weit unten in der fernen Unterschicht.

Dort ist allerdings auch eine verteilte *soziale* Linke, die etwa in jedem Berliner Bezirk und anderswo im Kapitalismus hartnäckig Hartz-IV-Beratungen anbietet, ihre Lebenszeit in den Welten der Leerstandsmelder, Jobcenter, Aufstocker und Zwangsumzüge zerstreut, »Kosten der Unterkunft« gegenrechnet, sich mit Eigenbedarfskündigungen, Leiharbeit, ermüdeten Gewerkschaftern, Schuldenberatung, Arbeitszeitvarianten, Energiepreisen, Streikposten, Containersiedlungen, Depressionen, Mietmoralorien und Kaltmietenkappungen vertraut macht und auch vor den Dunkelkammern des Sozialrechts und den weiten Leeren der Insolvenzen sich nicht scheut. Sie bietet ein paar karge Fragmente knapper politischer Technologien an wie Zugang zu kaum bezahlbaren Räumen, Kommunikation, Kontakte, Geld, Wissensbestände, Straßen, Medien, Kultur, Zeit, Zuversicht, Sichtbarkeit, Selbstwert und Solidarität. Das klingt krass sozialromantisch. Aber weshalb sonst sollte unter den bundesdeutschen Parteien die Linkspartei den höchsten Mitglieder- und zeitweise auch Wähleranteil an Arbeitern und Arbeitslosen haben? Ein Beteiligungskunststück eigener Art, zu dem etwas gehört, was das Arbeitsteilungskalkül der SPD natürlich nicht im Blick hat: soziale Kämpfe und politische (Un-)Ordnungsbilder, die von ihnen stark strukturiert werden. Diese Schwachen haben *nicht* das Sagen in der Linken, aber dort einen Ort, der sie *nicht* »in Ruhe versetzt« (Bertolt Brecht).

## Wählen

Neue grüne Wendungen finden sich weithin, ob in der CDU, der SPD oder der LINKEN. »Grüner Sozialismus« war 2012 der Schwerpunkt-titel einer Ausgabe der Zeitschrift *LuXemburg* der Rosa Luxemburg Stiftung und brachte damit fröhlich einen Begriff auf, der in einer Partei, deren Gründungspart als »Partei des demokratischen Sozialismus« (PDS) auftrat, völlig unüblich war. Kurz davor waren »Energiekämpfe« und »Energiedemokratie« das Thema. Spätestens seit den Blockadeaktionen um den G8-Gipel in Heiligendamm 2007 ist die Rolle der Ungehorsamen auch weit sichtbar von den Grünen auf die verschiedenen Richtungen der Linken übergegangen, wie die Castor-Kämpfe und *bloccupy*-Aktivitäten zeigten – die Grünen stehen mittlerweile vor allem für das breite legitimierte Feld der Anti-Atom-bewegung. Aus der linken Parteistiftung kommen radikale Kritiken von Wachstum und »grünem Kapitalismus«. Ungefähr zeitgleich publizierte die linke Bundestagsfraktion ein dickes Papier (»Plan B – Das rote Projekt für den sozialökologischen Umbau«). Die Texte machten verblüffend Karriere, zu einer Konferenz Ende 2012 kamen 400 Teilnehmer. Plötzlich war von einer neuen Hinwendung sozialökologischer Linker zu den LINKEN die Rede – ein Novum in der Geschichte der Nichtbeziehung zwischen grüner und linker Partei. Tatsächlich gibt es, entgegen der allseits geläufigen Wahrnehmung der Betroffenen und großer Teile der Partei selbst ein der LINKEN offenstehendes gesellschaftliches Potenzial, das sich selbst aus der Distanz durch die Grünen vertreten sieht, faktisch aber zugleich Kernpunkte der Linkspartei-Programmatik teilt. Dieses gesellschaftliche Potenzial inkorporiert die Post-68er-Begehren und -Errungenschaften (in nuce: Subjektautonomie, Feminismus, Ökologie, Bürgerrechtsradikalismus, erweiterter Demokratiebegriff) und ist gleichzeitig offen für die »soziale Frage«. Faktisch steht es zwischen den Grünen und der Linkspartei. In der Linken gibt es zugleich deutliche Ansätze einer strategischen Perspektive einer Transformation im Kapitalismus *und* über ihn hinaus, die

in *the long run* auf den »Sinngenerator« (Georg Bollenbeck) eines grün-sozialistischen Kontrapunkts zu dem (schwarz-)»grünen Kapitalismus« setzen. Realpolitisch setzen sie nicht auf grüne Eigentümer, sondern auf die *Produzenten* einer grünen Produktions- und Lebensweise. Organisationspolitisch geht diese Verschiebung zusammen mit Entwürfen einer »gesellschaftlichen« und »konnektiven« Partei – hinterfragt also die langandauernde Stagnation der Partei(re)form in der LINKEN.

Bei dieser Wendung geht es also um eine *linke grün-rote Option*, was meint: *Die LINKE ist noch in Gründung*. »Richtig Wählen« heißt hier: Eine neue große Richtungsmöglichkeit in der aktuellen Umgruppierung des parteipolitischen Spektrums öffnen, ein Momentum, das auf eine Verstärkung der politischen Kommunikation zwischen der Linken und den Grünen baut und zum strategischen Ereignis wird. Hat diese Option Grund und Bestand, dann wird nicht nur die linke Partei sich verändern.

## Wundern

Die Wirkungen einiger Regierungskonstellationen ab 2013 sind wohl übersichtlich: *Rot-Grün* wird noch hinter den geringen Erwartungen vieler Wähler zurückbleiben und auf einer Reihe von Politikfeldern (Europa-, Außen-, Militär-, Finanz- und Wachstumspolitik) ausreichend Enttäuschung produzieren, um die Neigung zum Nichtwählen zu verstärken. *Schwarz-Grün* ist eine CDU-Katastrophenreserve oder ein Hegemoniewechsel als *Grün-Schwarz*, also aktuell tot. *Schwarz-Rot* wird noch weit mehr Wähler nachhaltig enttäuschen – vor allem jene, die sich eher links als rechts der Mitte verstehen. Hier wird es bei einem Depolitisierungsschub nicht bleiben. Aber was, wenn die linke und die grüne Partei die Gemeinsamkeit ihrer Oppositionsrolle mit einer kritischen strategischen Kommunikation verknüpfen? Das wäre eine klare Differenz zur Konstellation in der Zeit der letzten Großen Koa-

lition. Allerdings sind die kulturellen und semantischen Unterschiede zwischen den weiten und neu wachsenden grünen wie roten Feldern außerordentlich und sie vertiefen sich. Sie repräsentieren sehr eigene politisch-kulturelle Generationen und wiegen vermutlich schwerer als die Abstände in den Berufsmustern, Kirchenbindungen oder Steuererklärungen. Rechnet man noch den Faktor Geschlecht hinzu, werden habituellen Überschneidungen und politischen Möglichkeitsfeldern enge Grenzen gezogen. Was tun, wenn die einen individualistisch-libertär und die anderen solidarisch-autoritär sind – jeweils aus guten Gründen? Immerhin: Beide Parteien haben eine mobilisierungsfähige Bewegungsbasis und eine soziale oder bürgerliche – also durchaus differente – Kultur des Öffentlichen und des Protests. Programmatisch sind sie in der Sozial-, Armut- und Ökologiepolitik, aber auch der Bürgerrechts-, Verkehrs- und Wachstumspolitik *beide* links von einer SPD, deren gefühlte letzte Idee die Agenda 2010 war und deren strategisches Versagen beim Verteilungsthema geradezu selbstmörderisch anmutet. Die Wendung der Grünen in diese Richtung ist tentativ, labil und sozial wenig abgesichert. Dahinter stehen auch Kalküle auf unterschiedliche Wahloptionen: als Positionierung gegen SPD und DIE LINKE zum eigenen Positionsgewinn vor der Wahl, als Interessenskalkül in einem rot-grünen Regierungsbündnis danach oder als Vorarbeit für eine breitere Oppositionsverankerung unter einer Großen Koalition. Andere Konflikte verlaufen quer oder sind stark. Der Grundkonflikt um die »Wachstumspolitik« wird in *beiden* Parteien mit wachsender Schärfe ausgetragen. Die Antworten auf die Eigentumsfrage sind unübersichtlich. Grüne und Linke treffen sich realpolitisch – unter Einschluss der SPD und vorsichtigen Gewerkschaftstraditionen – beim Genossenschaftsthema, der Rekommunalisierung, dem solidarischen Wirtschaften und deren Mobilisierung von Lokalismus und Demokratie sowie, wenn es gut geht, erfreulicher Gleichheitseffizienz. Machtloser, aber entwicklungsstärker ist die Kompatibilität der Ansätze der linken Politik des Öffentlichen und der grünen Politik der Commons. Beide thematisieren die Dimensionen der Nutzung und Verfügung,

also der Aneignung, und beschränken sich nicht auf die Öffnung von Zugängen. In der politischen Ökonomie des Eigentums freilich gehen die Wege auseinander, ebenso in der Europa- und schwerwiegend in der Gewalt- und Friedensfrage. Immerhin: Politikmethodisch wissen sie schon notgedrungen, dass sie auf experimentelle Politik angewiesen sind.

Linke und Grüne sind in der herrschenden Postpolitik die politischsten Formationen, denen die strategische Idee eines politischen, sozialen und letztlich auch kulturellen Blocks nicht fremd wäre. Er ist unerlässlich für eine sozialökologische-radikaldemokratische Transformation. Mittelfristig sind Neuaufbrüche in den Gewerkschaften und eine politisch-kulturelle Stabilisierung der Bürgerproteste gegen *große unnütze Projekte* und die neuen Ungleichheitsdynamiken der Städte Entstehungsbedingungen einer solchen Konstellation – Spannungen also, die in den Aufzählungen vielversprechender Fangquotenpolitiken im Wahlkampf 2013 nicht vorkommen.

#### *Und Sozialismus?*

Nehmen wir die kräftig sozialliberal gewendeten Konservativen. Hier hat man es mit Experten des pragmatischen Realismus zu tun. Sie sind erfolgreich anspruchslos geworden (»Keine Experimente«) und geblieben. Es geht ihnen definitiv um die Sicherung und Verlängerung des Vorhandenen, auch mit Fantasie und strategischer Macht und notfalls sogar radikal. Folgerichtig braucht ihre Gegenwartspflege keine Zukünfte, sondern Fortschreibungen – auch nicht als Reanimation vergangener Entwürfe. Im Gegenteil: Sie stehen ihnen wie seit jeher misstrauisch gegenüber – eine traditionsgebändigte, maßvolle Moderne reicht aus. Doch wir haben zu jeder Zeit in unserem Alltagsleben Einsichten in Zukünfte, konstruieren Wege oder Szenarien, modellieren oder erzählen, schreiben Science Fiction als »visionäre Gegenwart« (James Graham Ballard), entwerfen Bilder, Vorstellungen, Visionen

oder Utopien, formulieren Kritiken, Absichten, Hoffnungen oder Befürchtungen, planen, träumen, wünschen, simulieren, trainieren oder spielen Zukünfte und ihre Welten. Die Linke ist alternativlos im Zukunftsgeschäft. Vergisst sie, dass Zukunft immer und überall ist, dann hat sie sich aufgegeben. Ihre politische Schlüsselaufgabe ist, Wirklichkeitssinn und Möglichkeitssinn (Robert Musil) zueinander zu bringen, im Wirklichen das Mögliche zu finden und im Möglichen das Realistische, Wirklichkeitsfähige – ohne im Wirklichen das Mögliche und im Möglichen das Wirkliche zu verlieren. Gelingt dies, dann mag sie das mögliche Bessere im Hier und Heute und im Morgen aufdecken können (Robert Misik), das nicht von selbst, sondern durch eine gesellschaftliche Praxis entstehen könnte, deren Modus und Gestalt sie umreißen muss. Auch sie verfügt über Operationen, durch die sie Zukünfte *präsent* machen kann. Auch eine Linke versucht Vorboten, Anfänge, Einstiege, Treiber, Agenten, Experimente, Hindernisse oder Konstellationen, Arenen und Schwellen zu identifizieren. Durch all das macht sie Zukünfte *gewärtig* und dann kann sie im Jetzt praktisch *folgenreich* werden: Wissen kann strategisch, Politik kann programmatisch, Handeln kann nachhaltig werden. Andernfalls bleibt Wissen orientierungslos, Politik blind, Handeln ohne Reichweite. Auch die Grünen artikulieren eine Dimension politischer Zeit, die weit greifen muss, sonst verlieren sie ihre Identität – wie die SPD. Hier ist eine gleichsam chronopolitische Brücke zwischen linken und grünen Richtungen. Doch wird der Kapitalismus grün, sind nach der grünen Erzählung auch seine sozialen Widersprüche und Konflikte, die Ausbeutung und seine Ratio der Kapitalakkumulation irgendwie verschwunden. Was bleibt, ist der grüne Wohlfühlkapitalismus, in dem man auch eine linke Formation nicht mehr braucht. Die strategische Funktion einer Linken in dieser langen Zeit ist der Kampf um gerechte Übergänge, um die demokratische, soziale und solidarische Ausgestaltung der *Produktion* einer anderen politischen Ökonomie und ebenso um eine *sozialistische Transformation* in einen *grünen, solidarischen und demokratischen Sozialismus*. Sonst bliebe dieser auf ewig im Wunderkammerkäfig.